

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 6

Artikel: Mann der Zukunft : Johannes Rau : Ergebnisse des SPD-Parteitages in München
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339872>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mann der Zukunft: Johannes Rau

Ergebnisse des SPD-Parteitages in München



Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Die Tage von München standen unter dem Zwang zum Aneinanderrücken, zum Burgfrieden, trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Sicherheits- und Energiepolitik. Neue Probleme verlangen Antworten, für die mit den alten Etiketten wie links und rechts nicht mehr viel anzufangen ist. Angesichts einer anhaltenden Wirtschaftskrise und zwei Millionen Arbeitslosen im eigenen Land, war der Ruf nach mehr innerparteilicher Solidarität bitter nötig. Dieses Ziel ist erreicht worden, leichter als Skeptiker erwarteten und deutlicher, als Gegner der Partei glaubten. Es war auch höchste Zeit, denn katastrophale Umfrageergebnisse signalisierten einen Vertrauensschwund bei den Wählern. Dieser Sympathieverlust ist vor allem auf das Abwandern der Jugend zu den Grünen und Alternativen zurückzuführen. Die Lage wäre für die SPD

noch weitaus schlimmer, stünde an der Spitze nicht Helmut Schmidt, der mit Abstand noch immer als beliebtester Politiker in Bonn gilt.

SPD bleibt Reformpartei

Ohne ihn läuft die Partei Gefahr, zur Dreissig-Prozent-Partei zu schrumpfen und damit langfristig die Chance zur Regierungsbildung und Mehrheiten in den Bundesländern zu verlieren. Seit Jahren hat die SPD überdies Mehrheitsverluste in Städten und Kommunen hinnehmen müssen, die besonders bitter empfunden wurden. Wenn nun Egon Franke, Flügelmann der Hinterbänkler, äusserte, die Auswahl der Delegierten wäre manipuliert, weil sie nach dem Willen der heimischen Basis abstimmen, so täuscht das über ein wichtigeres Problem nicht hinweg, dass sich allerdings nicht von heute

auf morgen lösen lässt. Die klassische soziale Reformpartei droht wie alle Bundestagsparteien weitgehend zu einem Instrument des öffentlichen Dienstes zu werden. Elan und Ideenreichtum in Ländern und Kommunen verkümmern in bürokratischen, bürgerfernen politischen Gremien, in denen die Exekutive der Legislative ihr Beharrungsvermögen aufzwingt.

Kanzler gegen Brüningsche Sparpolitik

Die Strategie von München, die Regierung zu stützen, bedarf keiner Rechtfertigung, solange man die Oppositionsrolle nicht freiwillig einnehmen will. Da die SPD in einer Koalitionsregierung mit den Freidemokraten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit Rücksicht auf die Interessen des Partners eigene Vorstellungen nur bedingt verwirklichen kann, wird der Partei eine entsprechende Vordenkerrolle zugebilligt. Das eröffnet ihr immerhin den schwachen Trost, in Wahlkämpfen zu zeigen, welchen Kurs sie als alleinige Regierungspartei einschlagen würde.

«Mit uns ist eine Brüningsche Politik nicht zu machen, weil wir die Wirtschaft nicht kaputtsparen dürfen», rief Helmut Schmidt den 440 Delegierten zu. Er bedauerte, dass sich eine Finanzierung des geplanten Beschäftigungsprogrammes durch eine Heranziehung auch der höheren Einkommen weder im Bundestag noch im CDU-beherrschten Bundesrat durchsetzen lasse.

Neokonservativen Rezepten erteilte er eine klare Absage, da sie, wie in den USA und in Grossbritannien die Zahl der Arbeitslosen nur erhöht habe, ohne Stabilität und Wachstum zu erreichen. Es darf als Warnung an die Adresse Washingtons verstanden werden, wenn Schmidt erklärte, keine westliche Politik könne bestehen, die sich der sozialen Verantwortung entzieht.

Den Gewerkschaften will der Kanzler beim Ausbau der Mitbestimmung helfen, Initiativen zur breiteren Vermögensbildung sind geplant. Den empfohlenen Baustopp für den Bau neuer Atomkraftwerke hält Schmidt nicht für vertretbar. Die Mehrheit der Delegierten tritt ebenfalls für mehr Atomenergie trotz der ungelösten Entsorgungsfrage ein.

Mehr Wirtschaftsdemokratie

Der SPD-Mann Wolfgang Roth erwartet Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt durch ein mittelfristiges Investitionsprogramm. Er setzt auf eine weitgehende Selbstfinanzierung dieser Massnahmen durch die sich dann «abhebende Konjunktur». Er fand die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen unter Helmut Rohde und den «Frankfurter Kreis» unter Henning Scharf. Immerhin warnte der Atomwissenschaftler Klaus Traube trotz grundsätzlicher Zustimmung Roth davor, die Arbeitslosigkeit der 80er Jahr mit dem alten Rezept von mehr Wachstum abbauen zu können. Damit allein lassen sich nach Traubes Ansicht die Rationalisierungsfolgen nicht auffangen.

Die Bedeutung einer weiteren Demokratisierung der Wirtschaft ist in München angesichts des Strukturwandels und neuer Technologien mit Nachdruck verlangt worden. Eine stärkere steuerliche Begünsti-

gung arbeitsplatzschaffender Investitionen zu Lasten ausgeschütteter Gewinne erwies sich als nicht zu übersehende weitere wichtige Forderung.

Der Initiativantrag «Arbeit für alle» bewies, dass die SPD sich ihrer Aufgabe als Partei der Arbeitnehmer bewusst ist. Schliesslich war es mehr als eine Geste, Marie Jahoda als Gast einzuladen. Sie sprach über die psychischen Konsequenzen einer längeren Zeit der Beschäftigungslosigkeit.

Brandt forderte soziale Gerechtigkeit

In München fand der wie ein Phönix aus der Asche aufsteigende Willy Brandt starken Beifall. Sein Selbstbewusstsein entsprang aus einer ehrlichen und ungeschminkten Analyse der Situation und entsprechenden Konsequenzen für die nahe Zukunft: «Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund, uns zu verstecken: Wenn wir Profil zeigen, werden sich die Bürger wieder in uns erkennen.» Die bereits unzählige Mal totgesagte Koalition kann seiner Meinung nach neuen Auftrieb erhalten, weil genügend Aufgaben vorhanden sind, die von Sozialdemokraten und Liberalen besser gelöst werden können als von Konservativen.

Brandt nahm deutlich in einem für alle Sozialdemokraten empfindlichen Punkt Stellung. Ein «Anklopfen» von Leistungsgesetzen, um das soziale Sicherungssystem einem begrenzten Wachstum anzupassen, hält er in Anbetracht leerer Kassen für nötig. Er wies aber auch auf die Grenzen der Zumutbarkeit hin: «Das Gebot der Gerechtigkeit» muss «noch ernster genommen werden als bisher. Ein Zurückwälzen der grossen Lebensrisiken auf den einzelnen Bürger werden wir nicht mitmachen. Das sind Eckpunkte unserer

Perspektive.» Investitionszulagen können für den Parteivorstand nicht durch Schnitte ins soziale Netz vollzogen werden, seien es nun Kürzungen für Arbeitslose oder für Schüler.

Ob diese lobenswerten Absichten durchgehalten werden können, bleibt allerdings zweifelhaft, wenn man nur an die Änderung des Bundessozialhilfegesetzes denkt, die die Unionsmehrheit im Bundesrat durchgeboxt hat. Danach erhöhen sich beispielsweise die Kosten für Heimkinder um mehr als das Doppelte.

Klare Mehrheit für den Nato-Doppelbeschluss

Schwerpunkt bleibt für die SPD die aktive Friedenspolitik, wobei Brandt das Festhalten am innerparteilich umstrittenen Nato-Doppelbeschluss als wichtigste Voraussetzung nannte. Ein Abrücken könnte der Sowjetunion das Alibi liefern, nicht ernsthaft zu verhandeln. Der Parteivorstand wird wie bisher einen Interessenausgleich zwischen Ost und West anstreben. Einer selbstmörderischen Machtpolitik kann die Bundesrepublik aber nicht zustimmen. Diese deutliche Warnung an die Washingtoner Atomstrategen zeigte den deutlichen Unterschied zur konservativen CDU, die bedingungslos den abenteuerlichen Konfrontationskurs Reagens unterstützt, obwohl inzwischen die Opposition in den USA gegen die Rüstungspolitik der eigenen Regierung Sturm läuft. Vertreter des linken oder besser gesagt des pazifistischen Flügels fanden wie erwartet keine Mehrheit für die Maximallösung, nämlich den Ausstieg aus dem Brüsseler Beschluss von 1979.

Damit ist die Diskussion über eine unterschiedliche Einschätzung der Sicherheitspolitik zwar nicht beendet, aber im-

merhin können die Verhandlungen in Genf abgewartet werden. Sollten sie allerdings scheitern und der Eindruck entstehen, die USA hätten greifbare Ergebnisse verhindert, wird die SPD ihre aussenpolitische Haltung neu bestimmen müssen, zumal Helmut Schmidt seine politische Zukunft mit einem positiven Verhandlungsergebnis verknüpft hat.

SPD braucht die Friedensbewegung

Als Realist hat Helmut Schmidt darauf hingewiesen, das Raketenarsenal der Sowjetunion könne eines Tages zur politischen Nötigung im Kreml gegenüber der Bundesrepublik benutzt werden, allerdings nicht durch Breschnew. Ziel des Doppelbeschlusses muss daher sein, zu einem Gleichgewicht von eurostrategischen Raketen zu kommen. Der Parteivorstand hält die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die in vielen Anträgen auftauchte, derzeit für unreal, weil sich dieses Ziel nicht durch den einseitigen Verzicht einzelner Staaten erzielen lässt. Andere Auffassungen liessen in der Diskussion nicht auf sich warten. Erhard Eppler ist davon überzeugt, dass die politische Auseinandersetzung über die Sicherheitspolitik erst beginnt, wenn die endgültige Entscheidung auf 1983 vertagt wird. Für Eppler kann die SPD in Zukunft Wahlen gegen die CDU nur noch gewinnen, wenn sie die Friedens- und Ökologiebewegung auf ihrer Seite hat. Fällt 1983 ein Beschluss für die Stationierung neuer atomarer Waffensysteme, «wäre die Regierungsverantwortung der SPD zu Ende.»

Für seine vielfach als unbequem empfundenen Überzeugungen wird Eppler auch in Zukunft nur innerhalb der Partei eintreten. Das Kriegsbeil konnte in

München damit eingegraben werden. 75 Prozent der Delegierten stimmten schliesslich dem Nato-Doppelbeschluss zu, wonach aufgerüstet wird, wenn Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen. Das entspricht praktisch einem zeitlich begrenzten Stationierungsstopp.

Ein neuer Stellvertreter: Johannes Rau

Die Wahlen zum Parteivorstand spiegelten das neue Harmoniebedürfnis. Regierungskritiker wie Peter von Oertzen, Hans-Ulrich Klose, Harry Ristock, Oskar Lafontaine, Hugo Brandt und Erhard Eppler gehören dem neuen Vorstand an. Die meisten Stimmen erhielt der Bremer Bürgermeister Hans Koschnik (404) vor Hans-Jochen Vogel (393), Willy Brandt (388), Egon Bahr (379), Peter Glotz (368), Helmut Schmidt (365), Helmut Rohde (329) und Hans Jürgen Wischniewski (329).

Eine wichtige Veränderung gab es an der Parteispitze. Der kommende Mann heisst Johannes Rau, neuer stellvertretender Parteivorsitzender neben Helmut Schmidt, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Er gilt als Mann der offenen Diskussion und damit des Ausgleichs, kurzum, für die Partei ist er der Hoffnungsträger der kommenden schweren Jahre, zumal der überzeugte Protestant — er gründete einst mit Gustav Heinemann die Gesamtdeutsche Volkspartei —, keinem Flügel zuzurechnen ist. Allerdings wird sich noch zeigen müssen, ob er auch ausserhalb des Ruhrgebietes die gleiche Wirkung erzielt.

SPD bleibt Gesinnungsgemeinschaft

Auf jeden Fall wird sich Rau nicht Theorien verschreiben. Ihm geht es vordringlich um die

Basisarbeit. Als Regierungschef in Düsseldorf kennt er die Nöte der Kommunen wie nur wenige. Mit seinem Aufstieg dürfte die Zeit der häufig miteinander im Clinch liegenden Troika Wehner-Schmidt-Brandt zu Ende gegangen sein. Die durch Krankheit bedingte Abwesenheit von Herbert Wehner stellt einen Wendepunkt für die Parteispitze dar.

Selbstverständlich konnten nicht alle Probleme ausdiskutiert werden, beispielsweise nicht die Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt durch das Vordringen der Elektronik; auch die vielschichtige Umweltproblematik und der Nord-Süd-Gegensatz traten diesmal in den Hintergrund. Aber eines wurde klar: Ohne Schulterschluss, ohne Erneuerung der solidarischen Gesinnungsgemeinschaft lassen sich die Zukunftsprobleme nicht lösen.

In Zukunft müssen Minderheiten bereit sein, Mehrheitsentscheidungen mitzutragen. Einen sozialdemokratischen Einheitstyp kann und wird es nicht geben. Sozialdemokraten kommen aus allen Richtungen, ob Akademiker, Arbeiter, Angestellte, Beamte oder Freiberufler; Protestanten, Katholiken, Ethiker, Rationalisten, Pazifisten oder Utopisten; Ökologen, Pragmatiker, Ideologiegegner oder Sozialisten...